

13. Feb. 1989

183

Gegenrechtsvereinbarung zwischen der Schweiz und Indien
 betreffend Rechtshilfe in Strafsachen

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 18. Januar 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahren wird

beschlossen:

1. Der Text der Gegenrechtsvereinbarung zwischen der Schweiz und Indien betreffend Rechtshilfe in Strafsachen wird gutgeheissen.
2. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten wird beauftragt, den Briefwechsel vorzunehmen.
3. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten wird die Gegenrechtsvereinbarung im Einvernehmen mit der Bundeskanzlei in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts veröffentlichen.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

Protokollauszug an:

ohne / mit Beilage

Nr.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
		EJPD	10	-
		EMD		
		EFD		
		EVD		
		EVED		
		BK	5	-
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

3003 Bern, 18. Januar 1989

An den Bundesrat

Gegenrechtsvereinbarung zwischen der Schweiz und Indien
 betreffend Rechtshilfe in Strafsachen

-
1. Indien kann wie andere Staaten des angelsächsischen Rechtskreises ohne staatsvertragliche Vereinbarung keine Rechtshilfe in Strafsachen an die Schweiz leisten. Umgekehrt gewährt die Schweiz einem Land, mit dem kein Staatsvertrag besteht, gestützt auf Artikel 8 des Rechtshilfegesetzes (IRSG; SR 351.1) grundsätzlich nur Rechtshilfe, wenn das Gegenrecht zugesichert wird. Wegen Fehlens einer entsprechenden Vereinbarung ist Indien nicht in der Lage, schweizerischen Rechtshilfeersuchen zu entsprechen und kann somit das Gegenrecht nicht gewähren.

Auf Wunsch der indischen Regierung fanden deshalb Mitte September 1987 in Bern exploratorische Gespräche zwischen einer indischen und schweizerischen Delegation über den Abschluss einer zwischenstaatlichen Rechtshilfevereinbarung statt. Dabei einigte man sich auf eine Gegenrechtsvereinbarung und erarbeitete einen Textentwurf, der als Briefwechsel zwischen dem Vorsteher des EDA, Herrn Bundesrat René Felber, und dem indischen Botschafter, Herrn Ashoke Sen Chib, abgewickelt werden soll. Die beiden Delegationen kamen überein, dass die Gegenrechtser-

klärung erst ausgetauscht wird, wenn der Text von der Regierung beider Staaten genehmigt ist und Indien die erforderliche innerstaatliche Gesetzesanpassung vorgenommen hat.

Im Juni 1988 informierte die indische Botschaft die schweizerischen Behörden, dass das indische Parlament die notwendige Ergänzung des Strafprozessgesetzes im Mai 1988 verabschiedet hat. Der entsprechende Gesetzestext wurde mit Note vom 19. August 1988 übermittelt. Anfangs November 1988 gab die indische Botschaft bekannt, dass der Text der Gegenrechtsvereinbarung von der indischen Regierung gutgeheissen worden ist.

2. Nachdem Indien die innerstaatliche Strafgesetzgebung (Section 105 of the Code of Criminal Procedure, 1973) mit dem "Amendment Act 1988" revidiert und den Textvorschlag des Briefwechsels genehmigt hat, steht dem Austausch der Gegenrechtserklärung nichts mehr im Wege.

Mit der Gegenrechtsvereinbarung wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, die es Indien und der Schweiz künftig ermöglicht, gegenseitig Strafrechtshilfeersuchen zu vollziehen. Voraussetzung und Umfang der Rechtshilfeleistung bestimmen sich nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Staates. Eine analoge Gegenrechtsvereinbarung hat die Schweiz am 16. April/12. Mai 1937 bereits mit Japan abgeschlossen (SR 0.351.946.3).

3. Die in Form eines Briefwechsels gekleidete Gegenrechtsvereinbarung enthält die Zusicherung, dass Indien und die Schweiz auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und im Rahmen der geltenden innerstaatlichen Gesetzgebung Rechtshilfe in Strafsachen leisten. Daran schliesst eine Darstellung der in beiden Staaten geltenden Rechtslage sowie der möglichen Rechtshilfehandlungen.

Für die Schweiz schafft die Gegenrechtsvereinbarung keine neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen, die über das hinaus-

gingen, was die schweizerische Rechtsordnung in den Artikeln 63 ff. IRSG an Rechtshilfemassnahmen zulässt. Konsultiert worden sind haben sich mit dem vorgeschlagenen Text der Gegenrechtsvereinbarung einverstanden erklärt.

4. Der von den indischen Behörden unterbreitete Text der Gegenrechtsvereinbarung – der mit dem gemeinsam erarbeiteten Entwurf übereinstimmt – enthielt keine Bestimmung über das Inkrafttreten. Im Einvernehmen mit der indischen Botschaft wurden der Brief der indischen Behörden und die schweizerische Antwort in diesem Punkt ergänzt.

EIDGENÖSSISCHES

Demnach entfaltet der Briefwechsel sofort, d.h. mit Datum der schweizerischen Antwort, Wirkung.

5. Gemäss Artikel 85 Ziffer 5 der Bundesverfassung (BV; SR 101) müssen völkerrechtliche Vereinbarungen vom Parlament genehmigt werden. Die parlamentarische Genehmigung entfällt, wenn die Bundesversammlung die Vertragsabschlusskompetenz ausdrücklich in einem landesrechtlichen Rechtsakt an den Bundesrat delegiert hat.

In Artikel 8 Absatz 3 IRSG wurde dem Bundesrat die Befugnis erteilt, anderen Staaten im Rahmen des Rechtshilfegesetzes das Gegenrecht zuzusichern. Aus den Gesetzesmaterialien ist nicht ersichtlich, ob diese Bestimmung den Bundesrat nur zu Gegenrechtserklärungen im Einzelfall ermächtigt oder ob sie ihm auch die Kompetenz für den Abschluss formeller Gegenrechtsvereinbarungen überträgt. Nach Ansicht der Direktion für Völkerrecht des EDA und des EJPD muss Artikel 8 Absatz 3 IRSG als allgemeine Kompetenznorm verstanden werden, die formelle Gegenrechtsvereinbarungen miteinschliesst.

Gestützt auf diese Rechtslage kann der Bundesrat die Gegenrechtsvereinbarung selbständig genehmigen.

6. Die Bundeskanzlei, das Bundesamt für Justiz und die Direktion für Völkerrecht des EDA sind im Vorverfahren konsultiert worden und haben sich mit dem vorgeschlagenen Text der Gegenrechtsvereinbarung einverstanden erklärt.

Wir stellen deshalb den Antrag, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Beschluss:

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

i. V. A. Koll

Veröffentlichung: Amtliche Sammlung

Beilagen: - Entwurf des Beschlussesdispositivs
- Text des Briefwechsels in englisch und französisch

Zum Mitbericht an: - Bundeskanzlei
- Bundesamt für Justiz
- EDA/Direktion für Völkerrecht

Protokollauszug an: - Bundeskanzlei zum Vollzug (10 Ex.)
- EDA zum Vollzug (10 Ex.)
- EJPD z. Kenntnis (10 Ex.)

Gegenrechtsvereinbarung zwischen der Schweiz und Indien
betreffend Rechtshilfe in Strafsachen

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 18. Januar 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahren wird

beschlossen:

1. Der Text der Gegenrechtsvereinbarung zwischen der Schweiz und Indien betreffend Rechtshilfe in Strafsachen wird genehmigt.
2. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten wird beauftragt, den Briefwechsel vorzunehmen.
3. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten wird die Gegenrechtsvereinbarung im Einvernehmen mit der Bundeskanzlei in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts veröffentlichen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

Letter (for signature by the Ambassador of India)

Your Excellency,

I have the honour to refer to the exchange of views between the delegations of India and Switzerland on the question of providing mutual assistance in criminal matters, and on the basis of the understanding reached between the two delegations, the Government of India proposes to the Government of Switzerland that the authorities of both countries competent to investigate offences shall provide to each other, on the basis of reciprocity and in accordance with their national law, the widest measure of assistance in criminal matters as follows:

1. Cooperation between law enforcement authorities may include assistance in locating witnesses, obtaining statements and testimony of witnesses, production and authentication of judicial or business records, service of judicial or administrative documents and the restitution of objects or valuables originating from the offences for the purpose of returning them to the entitled persons. Further, within the limits of the law of the requested State, information will also be provided on the assets owned or possessed by persons who are the subjects of the investigation in the requesting country.
2. Taking of evidence and production of documents by the use of compulsory measures for the purposes of criminal proceedings in India or Switzerland as far as the facts described in the request would also be an offence punishable under the laws of both countries. For this purpose, India and Switzerland regard the expression "criminal proceedings" as including trial of a person for an offence or a proceeding to determine whether to place a person who is accused of an offence on trial for that offence. Under Indian law the competent authority to ask for assistance abroad is the court, tribunal, judge or magistrate exercising jurisdiction. Under Swiss law the competent authority to ask for assistance abroad is any examining magistrate, notwithstanding the denomination of "Bezirksanwalt, Untersuchungsrichter, juge d'instruction, Verhör-richter" a.s.o. and all judicial authorities.

3. Taking statements of persons without the use of compulsory measures. It shall be subject to approval by the appropriate authority of the requested State.
4. Provision of publicly available documents and records, being documents and records that are available to the public as being part of a public register or that are otherwise available to the public for purchase.
5. Service of documents which does not involve exercise of any measure to compel any person to comply with any requirement set out in those documents.
6. Investigation of crime by police or other law enforcement agencies not involving the exercise of any measure to compel any person to answer questions or to provide information.
7. There may be other ways in which assistance could be rendered in criminal matters and India and Switzerland would be prepared to consider whether other forms of assistance could be provided in particular cases upon request.

It is understood that assistance shall be granted, in accordance with the law of the requested State, in the investigation or prosecution of criminal offences, including murder, inflicting serious bodily harm, theft, fraud, embezzlement, abuse of official powers or institution to obtain unlawful profits, extortion, blackmail, forgery, counterfeiting of currency, fabrication of false evidence, bribery, knowingly and willingly making fraudulent statements or representations in matters which are within the jurisdiction of any department, agency, or authority of the requesting State, as well as dealing in narcotic drugs and psychotropic substances.

Requests of mutual assistance and their enclosures shall be transmitted through diplomatic channels and accompanied by a translation either into French, German or Italian if the requests are addressed to Switzerland, and either into Hindi or English if the requests are addressed to India.

Information obtained through the means of judicial assistance shall not be used for investigative purposes nor be introduced into evidence in the requesting State in any proceeding

- 3 -

relating to offences for which assistance is not admissible. Any further use shall be subject to approval by the appropriate authority of the requested State.

I have further the honour to request you to confirm on behalf of the Government of Switzerland that the above correctly sets out the understanding reached between the delegations of the two Governments and to confirm that the present letter and your reply shall constitute an Agreement between the two Governments. This Agreement will come into force upon receipt of this reply.

Reply (for signature by the Head of the Federal Department of Foreign Affairs)

Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of , 1989, which reads as follows:

"(reproduce the letter in full)"

I have the honour to confirm that the understanding set forth in your letter accords with that of the Swiss Federal Council and that your letter and the present reply shall constitute an Agreement between the two Governments. This Agreement comes into force with immediate effects.

L'entraide à l'étranger est la cour, le tribunal, le juge compétent. Selon la loi suisse, l'autorité habilitée à demander l'entraide à l'étranger est le juge d'instruction qui soit sa dénomination "Bezirksanwalt, Untersuchungsrichter, Juge d'instruction, Verhörrichter" etc., ainsi que les autorités judiciaires.

Lettre (à signer par l'Ambassadeur de l'Inde) moyens de contrain-

dre des documents et d'actes publics, qui constituent des actes accessibles au public en tant qu'écrits ou qu'ils peuvent être obtenus contra passum.

Excellence,

l'obtention de documents ne nécessitant pas de mesure visant à obliger une personne à donner suite à une injonction sans ces documents.

J'ai l'honneur de me référer à l'échange de vues intervenu entre les délégations de l'Inde et de la Suisse, portant sur l'octroi de l'entraide en matière pénale. Comme convenu entre les deux délégations, le gouvernement indien propose au gouvernement suisse que les autorités des deux pays compétentes en matière de poursuite pénale s'accordent, sur la base de la réciprocité et conformément à leur loi nationale, l'entraide en matière pénale la plus large possible, de la manière suivante:

1. La coopération entre autorités chargées d'appliquer la loi comprendra l'entraide en vue de rechercher le lieu de séjour de témoins, de recevoir des déclarations et dépositions de témoins, de produire et légaliser des actes judiciaires ou des papiers d'affaires, de notifier des actes judiciaires ou administratifs et de restituer des objets ou valeurs provenant de l'infraction afin de les remettre à leur ayant-droit. En outre, dans les limites de son ordre juridique, l'Etat requis fournira des renseignements sur les avoirs qui sont la propriété ou la possession de personnes poursuivies dans l'Etat requérant.
2. L'obtention de moyens de preuves et la production de documents par l'application de mesures de contrainte pour les besoins d'une procédure pénale ouverte en Inde ou en Suisse, pour autant que les faits décrits dans la demande constituent également une infraction punissable selon la loi des deux Etats. A cet effet, l'Inde et la Suisse considèrent que l'expression "procédure pénale" inclut la procédure de jugement dirigée contre une personne prévenue d'avoir commis une infraction, ou la procédure de renvoi en jugement de la personne prévenue d'une telle infraction. Selon la loi indienne, l'autorité habilitée

à demander l'entraide à l'étranger est la cour, le tribunal, juge ou magistrat compétent. Selon la loi suisse, l'autorité habilitée à demander l'entraide à l'étranger est le juge d'instruction, quelle que soit sa dénomination "Bezirksanwalt, Untersuchungsrichter, Juge d'instruction, Verhörrichter" etc., ainsi que toute autorité judiciaire.

3. L'audition de personnes sans application de moyens de contrainte.
4. La remise de documents et d'actes publics, qui constituent des documents ou actes accessibles au public en tant qu'élément d'un registre public ou qui peuvent être obtenus contre paiement.
5. La notification de documents ne nécessitant pas de mesure visant à obliger une personne à donner suite à une injonction contenue dans ces documents.
6. Les enquêtes criminelles conduites par la police ou d'autres organes chargés d'appliquer la loi, qui ne nécessitent pas de mesures visant à obliger une personne à répondre à des questions ou à fournir des informations.
7. D'autres formes d'entraide en matière pénale peuvent se présenter. A cet égard, l'Inde et la Suisse sont prêtes à envisager, sur demande et dans des cas particuliers, d'autres modes de coopération.

Il est convenu que l'entraide sera accordée, conformément à la loi de l'Etat requis, dans des enquêtes ou poursuites criminelles, notamment pour meurtre, lésions corporelles graves, vol, escroquerie, abus de confiance, abus d'autorité ou concussion, extorsion, chantage, faux, fabrication de fausse monnaie, confection de fausses preuves, corruption, fausses déclarations, faites sciemment et délibérément, sur des objets ressortissant à un département, un organe ou une autre autorité de l'Etat requérant, ainsi que pour trafic de stupéfiants et de substances psychotropes.

Les demandes d'entraide judiciaire et leurs annexes seront transmises par la voie diplomatique et accompagnées d'une traduction en français, en allemand ou en italien si les demandes sont adressées à la Suisse, et en hindi ou en anglais si les demandes sont adressées à l'Inde.

Les renseignements obtenus par la voie de l'entraide ne pourront pas être utilisés à des fins d'enquêtes ou servir de moyens de preuve dans l'Etat requis pour des procédures relatives à des infractions à l'égard desquelles l'entraide n'est pas admise. Toute

Number
Date 13. Feb. 1989
Order

autre utilisation est subordonnée à l'autorisation de l'autorité compétente de l'Etat requis.

J'ai l'honneur de vous prier de confirmer au nom du gouvernement suisse que ce qui précède correspond au point de vue partagé par les délégations des deux gouvernements et que la présente lettre et votre réponse constituent un accord entre les deux gouvernements. Cet accord entre en vigueur à la réception de la réponse.

Angrund des Antrages des BFD vom 12. Januar 1989
Angrund der Ergebnisse des Mitspracheverfahrens wird

Réponse (à signer par le Chef du Département fédéral des affaires étrangères)

Die Änderung der Verordnung über die Abgrenzungen schwerer Motorwagen vom 22. Oktober 1986 (FAV 2) wird

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 1989, dont la teneur est la suivante:

" (reproduire la lettre entière) "

J'ai l'honneur de confirmer que le point de vue exprimé dans votre lettre correspond à celui du Conseil fédéral suisse et que votre lettre et la présente réponse constituent un accord entre les deux gouvernements. Cet accord entre immédiatement en vigueur.

	Ans.	Alten
1989	3	-
1990	3	-
1991	10	-
1992	1	-
1993	2	-
1994	5	-
1995	6	-
1996	5	-
1997		
1998		
1999		
2000		
2001		
2002		
2003		
2004		
2005		
2006		
2007		
2008		
2009		
2010		
2011		
2012		
2013		
2014		
2015		
2016		
2017		
2018		
2019		
2020		
2021		
2022		
2023		
2024		
2025		
2026		
2027		
2028		
2029		
2030		